

10/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl zur Landtagswahl in Baden-Württemberg:

Es war ein großartiger Erfolg für die CDU und für Lothar Späth

Der wichtigste Tagesordnungspunkt im Bundesvorstand und Parteipräsidium am Montag, 21. 3. 1988, war eine Würdigung des Ergebnisses der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Vor der Bonner Presse erklärte Helmut Kohl: Es war ein großartiger Erfolg für die CDU und ein großer persönlicher Erfolg für Lothar Späth. Es war das Ergebnis eines glänzend geführten Wahlkampfes, der mit großem persönlichem Einsatz von den Freunden in Baden-Württemberg, nicht zuletzt vom Spitzenkandidaten Lothar Späth durchgestanden wurde. Wir haben seitens der Bundespartei mit dem Rednereinsatz unseren Beitrag dazu geleistet.

Das Ergebnis ist aus mehreren Gründen ganz besonders wichtig und auch bemerkenswert: Die CDU hat 1972 zum erstenmal in Baden-Württemberg die absolute Mehrheit errungen. Sie hat diese absolute Mehrheit im Laufe der Jahre immer wieder behauptet, was, wie jeder weiß, im Alltag der Regierungsarbeit eine besondere Leistung ist. Das Wahlergebnis bedeutet auch die Bestätigung einer guten Landespolitik, die in Baden-Württemberg immer darauf ausgerichtet war, Zukunftsperspektiven zu sehen, Strukturen für die Welt von morgen zu bauen. Dieser Erfolg gewinnt sein besonderes Gewicht auch dadurch, daß er errungen wurde in einem Zeitabschnitt, in dem durch die schwierigen Gesetzgebungsmaßnahmen in Bonn sehr leicht Stimmungslagen gegen die führende Regierungspartei zu erzeugen

HEUTE AKTUELL

- **Wahl in Baden-Württemberg**
Ergebnisse als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe. Dazu Stellungnahmen von Helmut Kohl, Lothar Späth und Heiner Geißler zum Ausgang der Wahl. Seiten 2—6
- **Steuerreform**
Das Kabinett hat den Entwurf der Steuerreform 1990 verabschiedet. Gerhard Stoltenberg vor der Bonner Presse: Für alle Steuerzahler eine spürbare und dauerhafte Entlastung. Seiten 7—10
- **Deutschlandpolitik**
Der Vorsitzende des neugeschaffenen Bundesfachausschusses, Otfried Hennig, erklärt: An der erfolgreichen Deutschlandpolitik der CDU wird sich nichts ändern. Seite 11
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Vorstellung des neuen Fußball-Europameisterschaftskalenders mit Preisausschreiben. Seite 18/19

Zitate

„Die Bonner Koalition ist vor dieser Wahl stabil gewesen, ist nach dieser Wahl erst recht stabil. Es gibt keine Alternative zu dieser vernünftigen Politik.“

(Helmut Kohl in der „Tagesschau“ vom 21. 3. 1988)

„Was uns unheimlich geschadet hat in Baden-Württemberg, darüber gibt es gar keinen Zweifel — überhaupt geschadet und nicht nur in Baden-Württemberg in den letzten Monaten, war der gänzlich unnötige Streit innerhalb der Koalition, die ganz unsinnigen Querelen.

Jeder muß erkennen in den Koalitionsparteien, CDU/CSU und FDP —, daß sich das beim Wahlergebnis negativ niederschlägt. In dem Maße, in dem die Koalition ihre gute Arbeit auch geschlossen nach draußen vertritt, werden alle drei Partner den größten Nutzen davon haben. Das ist sicherlich eine Lektion, die man aus Baden-Württemberg entnehmen kann.“

(Helmut Kohl in HEUTE vom 21. 3. 1988)

gen sind. Wir haben uns für 1988 vorgenommen, die Steuerreform, die Reform im Gesundheitsbereich, beim Beratungsgesetz und der Rentenreform herbeizuführen. In dieser schwierigen Lage ist allerhand Demagogie möglich. Um so wichtiger ist der gestrige Wahlerfolg.

Ich will nicht viel zu den anderen Parteien sagen, nur eine kurze Bemerkung zur SPD. Die SPD hat einmal mehr in Baden-Württemberg die Markierung eines Drittels der Wählerschaft nicht überschritten. Dies ist deshalb besonders

bemerkenswert, weil Baden-Württemberg das am meisten industrialisierte und wirtschaftlich fortgeschrittenste Land in der Bundesrepublik Deutschland ist. Das sollte den Sozialdemokraten zu denken geben.

Ein Wort zum Abschneiden der FDP: Dies ist das schlechteste Ergebnis der FDP seit langer Zeit. Offensichtlich hat es sich nicht ausgezahlt, daß die Freien Demokraten im Wahlkampf die Position gegen Bonn eingenommen haben. Die Geschlossenheit der Bonner Koalition ist wichtig für alle Koalitionsparteien und ein Gegeneinander zahlt sich mit Sicherheit nicht aus.

Wir, die CDU, werden aus diesen Ergebnissen im Detail noch nachzuprüfen haben, wo und in welchen Bereichen, beispielsweise in den ländlichen Räumen, wir Schwierigkeiten hatten, wo wir nacharbeiten müssen, wo wir, wenn es geht, auch Verbesserungen vornehmen müssen. Das ist deswegen für uns so wichtig, weil wir nach der Osterpause praktisch hinübergehen in den Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein. Das großartige Wahlergebnis ist kein Grund zu irgendeiner Euphorie, sondern wir müssen noch härter und intensiver arbeiten.

CDU veranstaltet außenpolitischen Kongreß

Am 14. April 1988 findet im Konrad-Adenauer Haus in Bonn unter dem Thema „Freiheit, Sicherheit, Zusammenarbeit“ ein außenpolitischer Kongreß statt. Eröffnet wird der Kongreß von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Veranstaltung ist Teil der innerparteilichen Diskussion über zukünftige Aufgaben und Ziele unserer Außenpolitik, die wir auch auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden (13. bis 15. Juni 1988) führen werden.

Lothar Späth:

Die Bürger halten die CDU nach wie vor für die kompetente Volkspartei

Der baden-württembergische Ministerpräsident erklärte in der Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus: Ich bin mit dem Ergebnis trotz der Verluste von 2,8 Prozent der Stimmen sehr zufrieden. Wir mußten diesen Wahlkampf, der Bundeskanzler hat es gerade erwähnt, in einer Zeit führen, in der auf der Bundesebene schwierige Entscheidungen durchgesetzt werden müssen. Wir mußten uns damit abfinden, daß Steuerreform oder Reform des Gesundheitswesens natürlich auch Gegenstand der Diskussion im Wahlkampf sind. Aber insgesamt gesehen, glaube ich, hat die Bevölkerung von Baden-Württemberg akzeptiert, daß sie bei der Union gut aufgehoben ist.

Wir haben einen fairen, das will ich ausdrücklich sagen, von allen Parteien sehr fairen Wahlkampf geführt. Unsere Zielvorgabe lautete: wir kämpfen um die absolute Mehrheit ohne jede Alternative. Das ist von der Bevölkerung in der Schlußphase des Wahlkampfes zunehmend aufgenommen worden. Wir hatten im Anfang erhebliche Probleme mit der Grundeinstellung, warum wollt ihr denn keine Koalition. Aber am Schluß haben wir die Bürger davon überzeugen können, daß es gut ist, wenn sie der Partei wieder die Führung allein anvertrauen, die die letzten 16 Jahre in Baden-Württemberg Verantwortung trug. Wir haben natürlich auch günstige Elemente einsetzen können. Die Wirtschaftslage Baden-Württembergs ist günstiger als im Bundesdurchschnitt. Wir haben die niedrigsten

Arbeitslosenraten und eine sehr ausgewogene Struktur.

Zum Wahlergebnis selbst, wenn man es etwas näher ansieht, ist zunächst einmal festzustellen, daß keine der anderen Parteien aus der Oppositionsrolle heraus Zugewinne erzielen konnte. Es ist ja ganz interessant, daß wir zwar 2,8 Prozent verloren haben, daß aber auch die SPD noch verloren hat auf einem Stand, bei dem man eigentlich in einem Industrieland wie Baden-Württemberg fast nicht mehr annehmen kann, daß die SPD noch Stimmen verliert. Die SPD hat ebenso wie die CDU in ihren Hochburgen am stärksten verloren. In Stuttgart und im mittleren Neckarraum hat die CDU ihre Position sogar halten können. Die SPD hat in den Großstädten am schlechtesten abgeschnitten, d.h., wir haben vor allem die Facharbeiterschaft und die Aufsteiger in den Dienstleistungen voll bei der CDU halten können. Wir haben starke Einbrüche im ländlichen Raum zu verzeichnen. Beispielsweise in Oberschwaben mit acht und neun Prozent Verluste. Übrigens der Bereich, in dem auch die Splitterparteien zugenommen haben. Interessant ist vielleicht, daß in Mannheim, eine unserer schwierigsten Städte, die von der Industriestruktur her am meisten unter dem Strukturwandel leidet, die CDU etwa 2,8 Punkte eingebüßt hat, aber die SPD noch stärker verloren hat. Das heißt, die SPD konnte aus dieser Situation uns gegenüber nichts gewinnen. Erstaunlich ist, daß in ihrem Stammland die FDP auf 5,9 Prozent abgesunken ist. Mein Eindruck ist, daß wir der FDP Stimmen abjagen

konnten bei dieser Auseinandersetzung. Die Grünen haben in etwa ihr Ergebnis gehalten.

Erstaunlich ist natürlich die hohe Zahl von Splitterstimmen. Man muß diese sehr genau analysieren, um nicht falsche Schlüsse zu ziehen. In einer ersten Reaktion wurde pauschal gesagt, da sind rechte Splittergruppen am Werk. Das hat sich nicht so bestätigt und bestätigt hat sich übrigens auch nicht, daß die alle von uns kommen. Die Wählerströme sind so gelaufen, daß wir per saldo von der SPD mehr Stimmen bekommen haben, als die CDU der SPD abgab und daß wir vor allem von der FDP mehr Stimmen bekommen haben. Bei einer genauen Untersuchung zeigt sich z.B., daß bei diesen Splittergruppen eine ÖDP ist, die Gruhl-Partei mit 1,4 Prozent. Die hat ganz genaue Schwerpunkte, die wir ausmachen können um Freiburg herum und in Oberschwaben. Deren Thema war der „Schutz des ungeborenen Lebens“, § 218. Die Stimmen gehen voll zu unseren Lasten. Ich habe mit diesen Leuten gesprochen, die mir bestätigt haben: eure Politik geht noch am nächsten in unsere Richtung, aber das ist uns nicht stark genug. Verbleibt ein Rest von etwa vier Prozent mit dem Schwerpunkt NPD (zwei Prozent), Republikaner (ein Prozent) und dann noch ein bißchen bei den Patrioten. Da kommt äußerstenfalls die Hälfte von uns.

Es gibt eine ganz interessante erste Untersuchung über die SPD-Hochburgen. In den SPD-Hochburgen hat die SPD bis zu vier Prozent abgenommen, die CDU 0,1 gewonnen und dort sind die Rechtsparteien bei 3,5 Prozent. Ich will damit nur der These widersprechen, daß diese Wähler so einfach einzuordnen sind. Es handelt sich um Protestpotential, das man nicht gleich als Radikale abstempeln sollte. Es sind hauptsächlich Protestwäh-

ler, die große persönliche Probleme haben in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Einzelhandel. Ganz einfach Leute, die gesagt haben, mir ist jetzt alles egal, ich wähle keine der etablierten Parteien. Denen zeige ich es mal, die sollen mal aufwachen, wenn die immer noch nicht begriffen haben, wie ernst es uns geht. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, da ist nun eine neue Revolution im Gange. Es gibt im Lande ein Unzufriedenheitspotential, vor dem ich warne, das ich auch nicht geringer werden sehe, einfach unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Probleme dieser Leute und der emotionalen Entscheidungen, die daraus resultieren. Wir müssen uns um diese Leute bemühen, aber es wäre völlig falsch, die Leute jetzt als radikal abzustempeln, statt sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen und zu sehen, wie wir sie wieder zu den Parteien des demokratischen Spektrums zurückführen können. Das ist mir besonders wichtig.

Betrachte ich das Gesamtergebnis, ist mir das wichtigste daran, daß man die CDU nach wie vor für die kompetente Volkspartei hält und daß man im deutschen Südwesten ein besonderes Vertrauen hat zu unserer Arbeit und mit dieser Arbeit zufrieden ist. Die Dinge in Baden-Württemberg sind stabil, müssen stabil bleiben und die Wähler haben im letzten eine solche Grundentscheidung getroffen, für die wir sehr dankbar sind, weil sie mir die Möglichkeit gibt, wieder für die nächsten vier Jahre für Baden-Württemberg weiterzuarbeiten.

Zitat

„Für uns in Schleswig-Holstein ist dieses Ergebnis Anlaß zu einem realistischen Optimismus. Für den Wähler, das zeigt die Wahl, zählen Verlässlichkeit, Leistung und Beständigkeit.“

(Spitzenkandidat Heiko Hoffmann)

Heiner Geißler:

Kein Trend zum Rechtsradikalismus

Das Anwachsen von Wählerstimmen zugunsten kleiner rechter Parteien bei der baden-württembergischen Landtagswahl begründet für CDU-Generalsekretär Heiner Geißler noch keinen politischen Trend.

In einem Interview der Tageszeitung „Die Welt“ vom 22. März 1988 führte Heiner Geißler aus:

Die Welt: *Lothar Späth hat seine absolute CDU-Mehrheit auch mit Argumenten gegen Helmut Kohl und gegen die Bonner Koalition behauptet. Sie haben ihn dafür heute gelobt. Ist diese Taktik auch für den CDU-Kandidaten Hoffmann in Kiel zu empfehlen?*

Heiner Geißler: Lothar Späth und die CDU haben die absolute Mehrheit in erster Linie wiederbekommen, weil sie eine sehr gute Bilanz vorweisen konnten: Wirtschaftspolitische Kompetenz, moderne Strukturen, die geringste Zahl an Arbeitslosen, zukunftsorientierte Technologien und eine bürgernahe Politik, die mit den alltäglichen Sorgen der Menschen vertraut ist. Lothar Späth hatte den Wahlkampf politisch-strategisch richtig angelegt. Sein Wahlkampfkonzept hat sich aber nicht gegen die unbestrittenen Erfolge der Bundesregierung gerichtet, sondern dagegen, daß die Querelen der Koalitionspartner in Bonn in den kommenden vier Jahren auch in Stuttgart die Landespolitik bestimmen könnten. Der Anspruch, alleine weiterzuregieren, wurde deswegen von den Baden-Württembergern honoriert, weil Lothar Späth und seine Regierung bis weit in die Reihen der SPD hinein als die beste Alternative empfunden wurde. In Schleswig-Hol-

stein ist die Lage anders. Dort gilt es, eine rot-grüne Mehrheit zu vermeiden, und das kann unter den gegebenen Umständen nur durch eine Koalition zwischen CDU und FDP erreicht werden.

Die Welt: *In Baden-Württemberg mußten alle Parteien Einbußen hinnehmen, ausgenommen die Splitterparteien am rechten Rand. Versagt hier die Integrationskraft Ihrer Partei?*

Heiner Geißler: Die NPD und die Republikaner haben zusammen 3,1 Prozent in Baden-Württemberg erreicht. Die ÖPD, die Partei von Herbert Gruhl, ist eine konservative, ökologische und keine rechtsradikale Partei. Sie hat 1,4 Prozent erhalten. In einer Zeit großer Reformvorhaben wie Steuerreform und Gesundheitsreform wird es immer einen Rest von Unzufriedenheit geben, die aus Protest solche Splitterparteien wählen. Das kann bei der nächsten Landtagswahl schon wieder ganz anders sein. Ein solches Wahlergebnis von 3,1 Prozent begründet keinen Trend. Rechts- wie linksradikale Parteien hält man im übrigen nicht dadurch klein, daß man ihnen nachläßt und ihre Inhalte aufwertet, sondern indem man ihre falschen Inhalte, wie zum Beispiel „Ausländer raus“, widerlegt und bekämpft. Auf diese Weise hat schon früher die CDU die NPD auf Null gebracht.

Die Welt: *Das bürgerliche Wählerreservoir ist rechts abgebrochen, und die FDP blieb blaß. Wie deckt sich das mit Ihrer sogenannten Lagertheorie?*

Heiner Geißler: Baden-Württemberg hat doch nicht widerlegt, daß Rote und Grüne in ein Lager gehören, auch wenn

sie zur Regierungsbildung nie eine Chance gehabt haben. Die CDU hat bei dieser Wahl Stimmen von der FDP gewonnen. Es widerspricht der Lagertheorie nicht, wenn die CDU stark bleibt und in einer Wahl Stimmen von der FDP gewinnt. Das war in Baden-Württemberg ausdrücklich unser Ziel. Für die FDP hat es sich nicht ausgezahlt, daß sie in Baden-Württemberg anders geredet als

sie in Bonn gehandelt hat. Es ist eben nicht glaubwürdig, wenn die eine Hälfte der FDP vor Handwerkern und Mittelständlern über die hohen Lohnnebenkosten jammert und gleichzeitig die andere Hälfte der FDP bei Zahnärzten gegen die beschlossene Reform des Gesundheitswesens polemisiert, obwohl diese unter anderem zum Ziel hat, die Lohnnebenkosten zu senken.

Parteipräsidium befaßte sich mit der Gesundheitsreform

Das Präsidium der CDU hat sich am Donnerstag, 17. März 1988, unter Leitung von Helmut Kohl mit der geplanten Strukturreform im Gesundheitswesen beschäftigt, wie sie von allen Koalitionsparteien, also von CDU, CSU und FDP, vereinbart worden ist. Das Präsidium der CDU ist der Auffassung, daß die Eckwerte der geplanten Reform dem Ziel dienen, unser bewährtes freiheitliches Gesundheitssystem langfristig zu sichern und zugleich finanzierbar zu erhalten. Die nach Abstimmung mit allen Koalitionsparteien von Arbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Strukturelemente dienen sowohl der bestmöglichen Versorgung der Patienten wie auch der langfristigen Sicherung der Existenz freier Ärzte und freier Apotheker.

Mit der geplanten Strukturreform im Gesundheitswesen werden die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß unser freiheitliches Gesundheitssystem auch künftig erhalten bleibt und daß die gesetzliche Krankenversicherung weiterhin ihren Versicherten zu vertretbaren Beitragssätzen eine leistungsfähige gesundheitliche Versorgung gewährleisten kann.

Ebenso wie die Bundesregierung ist auch die CDU offen für alle sachlich begründete Kritik und ernstgemeinten Verbesserungsvorschläge. In diesem Zusammenhang kommt den Gesprächen eine besondere Bedeutung zu, die im Arbeitsministerium mit allen betroffenen Verbänden geführt werden. Auch in der CDU werden die im Rahmen der Diskussion des Referentenentwurfs vorgetragene zustimmenden und kritischen Äußerungen ausgewertet und gewürdigt werden.

61 Prozent glauben an Koalitionssieg

61 Prozent der Bundesbürger gehen davon aus, daß die Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP auch bei der nächsten Bundestagswahl die Mehrheit erreicht. Dies ergab eine Umfrage der Wickert-Institute. Nur 22 Prozent der 3 120 in den vergangenen acht Tagen befragten Wahlberechtigten geben einer sozialliberalen Koalition die meisten Chancen. Acht Prozent glauben an den Sieg eines rot-grünen Bündnisses. Drei Prozent der Befragten trauen der SPD einen Alleinsieg zu, nur zwei Prozent der Union. Eine große Koalition erwarten acht Prozent.

Gerhard Stoltenberg:

Durch Steuerreform spürbare und dauerhafte Entlastung

Die Bundesregierung hat am 22. März 1988 den Entwurf des Steuerreformgesetzes 1990 beschlossen. Damit ist das Gesetzgebungsverfahren für eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben dieser Gesetzgebungsperiode eingeleitet.

Ziel der Steuerreform ist es, Bürger und Betriebe entsprechend dem steuerpolitischen Leitgedanken „Niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen“ spürbar und dauerhaft zu entlasten und das Steuersystem grundlegend zu verbessern. Die Reform bringt ein gerechteres und einfacheres Steuersystem, das die berufliche und unternehmerische Leistung nachhaltiger anerkennt, der besonderen Situation der Familien wirksamer Rechnung trägt und die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert.

Das Steuerreformgesetz 1990 ist mit einer Entlastung in Höhe von fast 40 Milliarden DM brutto oder gut 20 Milliarden DM netto der entscheidende Schritt des in der 10. Legislaturperiode begonnenen Reformvorhabens. Bereits 1986 sind die Steuern um rund 11 Milliarden DM und 1988 um rund 14 Milliarden DM gesenkt worden. Einschließlich der verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Wirtschaftsgebäude werden Bürger und Betriebe durch die dreistufige Steuerreform 1986/1988/1990 um insgesamt fast 50 Milliarden DM entlastet.

Kernstück der Entlastungen ist der arbeits- und mittelstandsfreundliche Lohn- und Einkommensteuertarif. Der neue, geradlinig-progressive Tarif besei-

tigt den zu steilen Anstieg der Belastung jeder zusätzlich verdienten Mark, also des Grenzsteuersatzes.

Ein Übermaß an Sonderregelungen hat bisher zu steuerbedingten Fehllenkungen verleitet, Mitnahmewirkungen und Wettbewerbsverzerrungen hervorgerufen sowie immer weitere Ausnahmetatbestände nach sich gezogen. Die vorgeschlagene Rückführung zahlreicher steuerlicher Vergünstigungen und Sonderregelungen korrigiert diese jahrzehntelange Fehlentwicklung und bewirkt eine gerechtere und gleichmäßigere Besteuerung.

Steuerentlastungen

Durch den geradlinig-progressiven **Lohn- und Einkommensteuertarif** wird der Anstieg der steuerlichen Grenzbelastung deutlich und vor allem auf Dauer abge- senkt. Die Progressionszone beginnt künftig bei einem zu versteuernden Einkommen von 8.150/16.300 DM (Ledige/ Verheiratete) und endet bei 120.000/240.000 DM. Im unteren Progressionsbereich bis 60.000/120.000 DM zu versteuerndem Einkommen steigt die steuerliche Belastung des Einkommenszuwachses nur noch auf 34,8 v. H.; nach dem bis 1985 geltenden Einkommensteuertarif betrug dagegen die Grenzbelastung bei 60.000/120.000 DM noch über 50 v. H.

Der **Grundfreibetrag** für Ledige steigt ab 1990 auf 5.616 DM, für Verheiratete auf 11.232 DM. Durch die Erhöhung werden rund ½ Million Steuerzahler von der Einkommensteuer freigestellt. Dies ist auch

ein spürbarer Beitrag zur Steuervereinfachung. Daneben wird der Eingangsteuersatz von 22 v. H. auf 19 v. H. abgesenkt. Beide Maßnahmen entlasten in besonderem Maße kleine Einkommen.

Die Senkung des Eingangssatzes stellt zusammen mit der Senkung des höchsten Einkommensteuersatzes um 3 v.-H.-Punkte auf 53 v. H. die Eckpunkte des Einkommensteuertarifs wieder her, wie sie in der Zeit von 1965 bis 1974 bestanden haben.

Die vorgesehene Senkung der Einkommensteuersätze öffnet den Weg für eine aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dringend erforderliche **Senkung des Körperschaftssteuer-Satzes** für einbehaltene Gewinne von 56 v. H. auf 50 v. H.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die **familienbezogenen Abzugsbeträge** ab 1990 weiter zu erhöhen, nämlich

- den Kinderfreibetrag von 2.484 DM auf 3.042 DM,
- den Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern von 4.752 DM auf 5.616 DM und
- die Höchstbeträge für den Abzug von Unterhaltsaufwendungen für bedürftige Angehörige von 4.500 DM auf 5.400 DM.

Neu eingeführt werden soll ein Pauschbetrag in Höhe von 1.800 DM für die persönliche häusliche Pflege von Schwerstbehinderten (**Pflegepauschbetrag**).

Aus den Maßnahmen zur gleichmäßigeren Besteuerung und zum Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Sonderregelungen ergibt sich für alle großen Gruppen ein angemessener und ausgewogener Betrag.

Maßnahmen für ein gerechteres und einfacheres Steuersystem

Der Referentenentwurf des Steuerreformgesetzes 1990, der am 14. Januar 1988 der

Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ging im wesentlichen auf die Koalitionsvereinbarungen des Vorjahres zurück.

Seitdem ist das Konzept eingehend mit den Verbänden, den Ländern und den Bundesministerien erörtert worden. Als Ergebnis werden jetzt fast 60 Einzelmaßnahmen zur gleichmäßigeren Besteuerung, zum Abbau von Steuersubventionen und Sonderregelungen sowie zur Steuervereinfachung vorgeschlagen.

Besondere Bedeutung hat das Vorhaben, **Zinseinkünfte gleichmäßiger zu erfassen**. Viele Bürger versteuern ihre Zinseinkünfte ordnungsgemäß. Andere tun dies — oft aus Unkenntnis — nicht. Der Gesetzentwurf sieht vor, die bisher schon auf Dividenden erhobene Kapitalertragsteuer auf bestimmte Zinseinkünfte auszuweiten, allerdings mit einem Satz von nur 10 Prozent. Da auch diese kleine Kapitalertragsteuer grundsätzlich voll auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet werden kann, ändert sich für diejenigen Bürger, die ihre Kapitalerträge bisher schon versteuert haben, im Ergebnis nichts. Ausgenommen von der kleinen Kapitalertragsteuer bleiben Zinseinkünfte aus Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Die kleine Kapitalertragsteuer soll bei den Erträgern aus länger laufenden Lebensversicherung mit Kapitalansammlung nur für die außerrechnungsmäßigen Zinsen erhoben werden. Wegen der besonderen Bedeutung des Versicherungssparens für die Altersvorsorge soll sie die Einkommensteuer **abgelten**. Die rechnungsmäßigen Zinsen von in der Regel 3,5 v. H. bleiben steuerfrei. Sie sind von maßgebender Bedeutung für die endgültige Versicherungssumme, die zur Auszahlung kommt. Steuerpflichtige, deren Belastung mit Einkommensteuer niedriger ist als die auf Erträge aus Lebensver-

sicherungen einbehaltene Kapitalertragsteuer, erhalten die Möglichkeit, eine Erstattung der Kapitalertragsteuer zu beantragen.

Zinseinkünfte von Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinne des § 44 c Einkommensteuergesetz — diese erhalten die 25prozentige Kapitalertragsteuer voll oder zur Hälfte erstattet — unterliegen im Ergebnis nicht der kleinen Kapitalertragsteuer. Das sind vor allem Institutionen wie Kirchen, gemeinnützige Vereine und Stiftungen, politische Parteien, Pensionskassen und Berufsverbände sowie bestimmte Kreditinstitute, die öffentliche Programme durchführen. Auch die Träger der Sozialversicherung gehören dazu.

Zur gleichmäßigeren Erfassung von Zinseinkünften ist vorgesehen: Die Kreditinstitute werden ihre Kunden künftig umfassender über ihre Zinseinkünfte, die Rechtslage und die Steuerpflicht informieren. Außerdem werden die Steuererklärungsdrucke detailliertere Informationen zur Erklärung von Zinseinkünften enthalten.

Es ist möglich, daß manche Steuerpflichtige weiterhin zögern, ihre Zinseinkünfte ordnungsgemäß zu erklären, weil sie Nachforschungen der Finanzämter und ggf. die Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens für die Steuerehrlichkeit befürchten. Um den Schritt in die Steuerehrlichkeit zu erleichtern, wird eine gesetzliche Regelung vorgeschlagen (Artikel 16 des Entwurfs). Steuerpflichtige, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes bis 31. Dezember 1990 ihre Zinseinkünfte für 1986 und 1987 ordnungsgemäß erklären oder für die Veranlagungszeiträume ab 1986 nacherklären oder berichtigen (strafbefreiende Erklärung), haben weder mit Nachforschungen und Steuernachforderungen für die Zeit vor 1986 noch mit Straf- oder Bußgeldverfahren zu rechnen.

Dies soll bei Vermögensteuerpflicht auch für das den Kapitaleinkünften zugrunde liegende Vermögen gelten. Weitere Voraussetzung für den Verzicht auf Steuernachforderungen für die Jahre vor 1986 und die Straffreiheit soll sein, daß die verkürzte Einkommensteuer oder Vermögensteuer für die Jahre ab 1986 innerhalb einer von der Finanzbehörde bestimmten angemessenen Frist gezahlt wird.

Straf- und Bußgeldfreiheit und der Verzicht auf die Steuererhebung für die Jahre vor 1986 gelten nur für Einkünfte aus Kapitalvermögen und die entsprechenden Vermögenswerte, nicht dagegen bei anderen Einkunftsarten und Vermögenswerten.

Der Kernbereich des sogenannten Bankenerlasses soll in das Gesetz übernommen werden. Damit wird gesetzlich klar gestellt, daß bei der Betriebsprüfung eines Kreditinstituts die Ausschreibung von Kontrollmitteilungen über Guthaben oder Depots von Bankkunden unterbleibt. Im übrigen soll der Bankenerlaß als Verwaltungsanweisung bestehen bleiben. Die bisherigen Grenzen zur Ermittlung von Kapitalerträgen bleiben also unverändert.

Wichtige Einzeländerungen

Von Bedeutung ist die **Einführung eines Arbeitnehmer-Pauschbetrages** in Höhe von 2.000 DM. In diesem neuen Pauschbetrag werden der bisherige Werbungskosten-Pauschbetrag von 564 DM, der Arbeitnehmer-Freibetrag (480 DM) und der Weihnachtsfreibetrag (600 DM) zusammengefaßt und deren Summe aufgestockt. Dadurch ergibt sich eine erhebliche Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Etwa 75 Prozent der Arbeitnehmer werden ihre Werbungskosten künftig nicht mehr gesondert zu ermitteln und dem Finanzamt nachzuweisen haben.

Bei Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit

von Arbeitnehmern soll die Steuerfreiheit der Lohnzuschläge im Grundsatz erhalten bleiben, aber auf der Grundlage des heutigen § 3 b Abs. 2 Einkommensteuergesetz begrenzt werden. Zur Vermeidung von Härten, vor allem im Druckgewerbe, enthält der Gesetzentwurf eine **Übergangsregelung**. Sie bewirkt, daß in den Fällen, in denen sehr hohe Lohnzuschläge nach der Neuregelung zu versteuern sind, diese in mehreren Jahren stufenweise in die Besteuerung überführt werden.

Bei **Belegschaftsrabatten** wird eine Obergrenze für die Steuerfreiheit festgelegt. Es wird ein Freibetrag von 2.400 DM eingeführt. Etwaige Bewertungungenauigkeiten sollen außerdem dadurch ausgeglichen werden, daß in jedem Fall ein Abschlag vom Einzelhandelspreis in Höhe von 3 Prozent gemacht werden kann. Diese maßvolle Regelung hat beispielsweise zur Folge, daß in Warenhäusern ein Belegschaftsrabatt von 15 Prozent bis zu einem Warenwert von 20.000 jährlich steuerfrei gestellt wird.

Die Einzelmaßnahmen zum Subventionsabbau berühren jeweils eine Minderheit der Steuerpflichtigen. Die überwältigende Mehrheit der Steuerzahler wird im Rahmen der dreistufigen Steuerreform erheblich und dauerhaft entlastet.

Die Steuergesetzgebung und -diskussion der letzten Monate in wichtigen Partnerländern ist von denselben Zielen bestimmt wie unser Konzept der Steuerreform. Vor allem die jüngsten Entscheidungen in Großbritannien, in den Niederlanden und in Österreich bestätigen dies in eindringlicher Weise. In diesen Ländern, wie zuvor schon in den USA, Frankreich, Japan und Kanada, stehen die grundlegende Reform von bisher überhöhten Tarifen, die Senkung der Spitzensteuersätze und der Unternehmensbesteuerung und der einschnei-

dende Abbau von Steuersubventionen, Ausnahmenvorschriften sowie Privilegien für Minderheiten und damit eine gleichmäßigere Besteuerung im Mittelpunkt der Gesetzesinitiativen. Durch diese reformerischen Schritte soll vor allem die Attraktivität der jeweiligen Länder für den Zufluß von Investitionskapital gestärkt werden.

Dieser internationale Trend moderner Steuergesetzgebung unterstreicht die Dringlichkeit unserer Steuerreform. Er macht zugleich deutlich, daß eine an vordergründigen Verteilungsgesichtspunkten orientierte Diskussion die wichtigste Aufgabe der Schaffung eines gerechteren, leistungsfördernden und für den Arbeitsmarkt sowie die Wirtschaft günstigeren Steuersystems verfehlt.

Einsparungen auch bei Krankenfahrten notwendig

Zum Protest der Taxifahrer erklärt der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Bernhard Jagoda: „Die Ausgaben der Krankenversicherung für Fahrkosten sind neben den Ausgaben für Krankenhäuser und Heil- und Hilfsmittel am stärksten gestiegen, und zwar von 184 Millionen Mark im Jahre 1970 auf 1,564 Milliarden Mark im Jahr 1986.

Allein die Ausgaben für Taxifahrten sind von 348 Millionen Mark im Jahre 1982 auf 521 Millionen Mark im Jahre 1986 angewachsen. Die Solidargemeinschaft der Versicherten darf aber nicht überfordert werden. Soweit Fahrkosten zu den Aufwendungen des täglichen Lebens gehören, sind sie von dem einzelnen zu tragen. Auch bei krankheitsbedingten Fahrten können häufig öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden oder Angehörige und Nachbarn Fahrhilfe leisten.

An unserer erfolgreichen Deutschlandpolitik wird sich nichts ändern

Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Deutschlandpolitik, Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, erklärt zu den Aufgaben des neuen Bundesfachausschusses:

Die Einsetzung eines besonderen Bundesfachausschusses Deutschlandpolitik ist Ausdruck des besonderen Stellenwertes, den die CDU der Deutschlandpolitik beimißt. In ihrer Regierungspolitik seit dem 1. Oktober 1982 hat die von der CDU geführte Bundesregierung diesen gestiegenen Stellenwert immer wieder deutlich gemacht. Der Parteivorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat dazu bei vielfältigen Gelegenheiten, unter anderem in seinen Regierungserklärungen und in seiner Tischrede beim Besuch Erich Honeckers am 7. September 1987, eindeutig Stellung bezogen.

Ausgangspunkt der Deutschlandpolitik der CDU ist das Grundgesetz, welches uns in seiner Präambel auffordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die Väter des Grundgesetzes waren von dem Willen beseelt, die nationale und staatliche Einheit des deutschen Volkes zu wahren. Gleichzeitig wollten sie, daß das deutsche Volk als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dient.

An unserer erfolgreichen Deutschlandpolitik wird sich nichts ändern. Dies ist auch mit dem Entwurf der Kommission „Unsere Verantwortung in der Welt — christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheit-, Europa- und

Deutschlandpolitik“ nicht beabsichtigt. Mit diesem Kommissionsentwurf und den anderen Diskussionsentwürfen beginnt eine intensive Diskussion in der Partei. Der Generalsekretär hat den Bundesfachausschuß Deutschlandpolitik der CDU gebeten, dieses Papier intensiv zu beraten, was in der konstituierenden Sitzung am 3. März 1988 mit mehr als 30 Wortmeldungen geschehen ist.

Alle Mitglieder des Bundesfachausschusses hatten in den vergangenen Wochen Gelegenheit, schriftliche Änderungsvorschläge zu machen. In seiner Sitzung am 28. März 1988 wird der Bundesfachausschuß den Versuch machen, diese Änderungsvorschläge zusammenzufassen.

Damit entspricht der Bundesfachausschuß seiner Beratungsfunktion für den Bundesvorstand der CDU, der am 17. und 18. April in einer Klausurtagung Leiteträge für den 36. Bundesparteitag verabschieden wird. Diese werden dann auf den antragsberechtigten Ebenen der Partei diskutiert. Eine abschließende Entscheidung trifft der Bundesparteitag der CDU, der vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden stattfindet.

Der Bundesfachausschuß will einen Beitrag zur Konsensbildung in der Deutschlandpolitik leisten. Die CDU hat auch in der Deutschlandpolitik die Aufgabe, alle Gruppen und Teile unserer Bevölkerung zu integrieren und Konsens zu schaffen. Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Übersiedler werden in die Konsensbildung ebenso einbezogen wie alle anderen Bevölkerungsgruppen.

Der Bundesfachausschuß will die Deutschlandpolitik ins Zentrum des öffentlichen und politischen Bewußtseins rücken. Deutschlandpolitik darf nicht

allein das Thema derjenigen sein, die Deutschland noch als Ganzes erlebt haben oder die noch Freunde und Bekannte in anderen Teilen Deutschlands haben, sondern sie geht alle an. In der Deutschlandpolitik geht es nicht nur um eine Fachdiskussion, sondern um eine breite Verankerung im Bewußtsein der Bevölkerung. Dies gilt vor allem für unsere Jugend. Es ist daher ein wichtiges politisches Ziel, für die deutsche Frage bei unseren Schülern und Studenten Verständnis und Engagement zu wecken.

Der Bundesfachausschuß sieht eine weitere Aufgabe darin, bei unseren Nachbarn in der Europäischen Gemeinschaft, vor allem bei unseren Partnerparteien (EVP, EDU, EUCD) das Bewußtsein zu schärfen, daß die Frage der deutschen Einheit nicht nur eine Frage der Deutschen ist. Dies wird um so eher gelingen, je mehr wir allen Nachbarn klarmachen, daß die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas die gleichen Ursachen hat und nur auf dem gleichen Wege gelöst werden kann. Wir bemühen uns um das Einverständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn in West und Ost für unser Ziel, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die Überwindung der deutschen Teilung ist Auftrag unserer Geschichte und unserer Verfassung. Sie entspricht unserem festen politischen Willen. Die CDU ist für die Wiedervereinigung Deutschlands und für das vereinte Europa. Beides entspricht dem Auftrag des Grundgesetzes.

Der Bundesfachausschuß betrachtet es als seine Aufgabe, in der kommenden Zeit zu konkretisieren, was die CDU im einzelnen unter aktiver Deutschlandpolitik versteht. Im Rahmen seiner Beratungsfunktion für den Bundesvorstand wird er jeweils mögliche konkrete Schritte erarbeiten und vorschlagen,

damit jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands genutzt wird.

Deutschlandpolitik ist eingebettet in die Verbesserung unseres Verhältnisses zu allen Völkern Mittel- und Osteuropas. Der Bundesfachausschuß betrachtet es deshalb als seine Aufgabe, den Dialog mit den Menschen und Völkern Osteuropas zu fördern, mehr menschliche Begegnungen zu erreichen, einen breiteren Kulturaustausch zu schaffen und die wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen zu intensivieren sowie für die Wahrung und Erhaltung der Menschenrechte und der Volksgruppenrechte einzutreten. In diesem Sinne ist Deutschlandpolitik Teil der Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses.

Keine Rente für Landesverräter

Landesverräter sollten nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß keine Rente erhalten. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl erläuterte Strauß seine Vorstellungen. Hintergrund ist der Fall des ehemaligen KGB-Spions Manfred Rotsch (63), der zu achteinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, dann ausgetauscht und Ende vergangenen Jahres freiwillig aus der DDR in die Bundesrepublik zurückgekehrt war. Dazu meinte Strauß, „wer Landesverrat für ein anderes politisches System betreibt, muß wissen, daß er sich mit seiner ganzen Existenz diesem System verschreibt“. „Wir können es nicht zulassen, daß unser soziales Sicherungssystem ausgerechnet denjenigen einen unbeschwerten Lebensabend gewährleistet, die die Sicherheit und Rechtsordnung unseres Staates in höchstem Maße gefährdet und schweren Schaden angerichtet haben.“

Klaus Töpfer:

Neustrukturierung der Kernenergiewirtschaft

Die deutsche Kernenergiewirtschaft soll zu unternehmerischen Strukturen kommen, die auf Dauer ein Höchstmaß an integrierter Sicherheit, Transparenz und Kontrollfreundlichkeit gewährleisten. Dies betonte Bundesumweltminister Klaus Töpfer vergangene Woche bei der Vorstellung seines Konzeptes zur Neustrukturierung der deutschen Kernenergiewirtschaft.

Unter anderem schlägt Töpfer vor, den Transport von Brennelementen und radioaktiven Abfällen unter die unternehmerische Führung der Deutschen Bundesbahn zu stellen.

Ziel des Konzeptes ist es, eine klare Trennung der unternehmerischen Verantwortung in zentralen Bereichen der Kernenergiewirtschaft vorzunehmen. Diese Bereiche sind:

- der Transport von radioaktiven Abfällen und Brennelementen;
- die Konditionierung und Zwischenlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle;
- die Herstellung von Kernbrennstoffen;
- der Betrieb von Kernkraftwerken und die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen.

Mit dieser Trennung können klar abgrenzbare Aufgabenbereiche geschaffen und die wirtschaftliche Verantwortlichkeit eindeutig zugeordnet werden. Darüber hinaus ergeben sich nachhaltige Verbesserungen der Kontrollmöglichkeiten für Staat, Öffentlichkeit und Gesellschafter.

Voraussetzung dafür ist, daß zunächst die Verflechtungen in der deutschen Kernenergiewirtschaft deutlich verringert werden. Daher soll die organisatorische, unternehmerische und betriebstechnische Neustrukturierung so erfolgen, daß Querverbindungen und Verflechtungen in den sensiblen Bereichen ausgeschlossen werden und ein Höchstmaß an Transparenz sichergestellt ist.

Maßnahmen zur Entflechtung

Das Konzept sieht für den **Transport** radioaktiver Abfälle und Brennelemente die Zusammenfassung der Transportleistungen unter unternehmerischer Führung der Deutschen Bundesbahn vor.

Der Bereich der **Konditionierung** schwach- und mittelradioaktiver Abfälle wird einem Unternehmen in gemeinschaftlicher Verantwortung aller Betreiber von Kernkraftwerken übertragen. Dieses Unternehmen soll für die Konditionierung und Zwischenlagerung sowohl innerhalb wie außerhalb der Kernkraftwerke zuständig sein.

Darüber hinaus wird sichergestellt, daß bei der **Herstellung von Kernbrennstoffen** kein Betreiber von Kernkraftwerken und kein im Transportbereich tätiges Unternehmen beteiligt ist.

Für den **Betrieb von Kernkraftwerken** und der Wiederaufarbeitung ergibt sich die Konsequenz, daß die Betreiber in diesem Bereich künftig nur noch an den neuzuschaffenden Unternehmen zur Konditionierung und Zwischenlagerung beteiligt sein werden.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Errichtung des Bundesamtes für Strahlenschutz beschlossen

Die von Bundesumweltminister Klaus Töpfer im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Hanauer Nuklearbetriebe initiierte Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz ist am vergangenen Dienstag (22. 3.) vom Bundeskabinett beschlossen worden.

Das Bundesamt dient in erster Linie einer verbesserten Überwachung im Strahlenschutz und bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Gleichzeitig soll die Bundesaufsicht intensiviert werden. Ziel ist, die Zuverlässigkeit im Umgang mit der Kernenergie durch eine vorsorgende Umwelt-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Vertrauen in die Energiewirtschaft stärken

Mit der scharfen Abgrenzung zwischen den vier sicherheitsrelevanten Ebenen will Töpfer erreichen, daß die Strukturen der deutschen Kernenergiewirtschaft für jedermann nachvollziehbar und einsehbar sind. Damit wird auch der Forderung des Atomgesetzes nach der Zuverlässigkeit in Organisation und Personal entsprochen. Auf der Grundlage dieses Konzepts wird es gelingen, das Vertrauen in die Sicherheit und das Verantwortungsbeußtsein bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder herzustellen. Die Eckpunkte seines Konzepts hat der Bundesumweltminister bereits mit hochrangigen Vertretern der deutschen Wirtschaft erörtert und dabei Einvernehmen erzielt. Vor diesem Hintergrund stehen die Chancen gut, schnell zu einem geordneten Betrieb in der Kernenergiewirtschaft zurückzukommen.

politik sicherzustellen. Das Bundesamt, das im Endausbau über rund 350 Mitarbeiter verfügen soll, wird im Kern gebildet aus:

- der Abteilung „Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle“ der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig,
 - der Abteilung III „Radioaktive Stoffe und Umwelt“ und der Abteilung IV „Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität“ des Instituts für Strahlenhygiene des Bundesgesundheitsamtes in München,
 - dem Institut für Atmosphärische Radioaktivität des Bundesamtes für Zivilschutz in Freiburg,
 - Teilen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH in Köln und München.
- Über den Sitz des neuen Amtes wird erst im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Errichtungsgesetzes entschieden.

Verbot der Hormonbehandlung von Schlachtvieh bestätigt

Die jahrelangen Bemühungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein Verbot der Hormonbehandlung von Schlachtvieh haben ein Ende gefunden. Wie von den Agrarministern der EG endgültig bestätigt worden ist, wird es ab 1. Januar dieses Jahres keinen Einsatz von Hormonen in der Tiermast mehr geben. Ab 1. Januar 1989 werden davon auch alle Fleischimporte innerhalb der EG betroffen sein.

Deutsche Bundesbank:

Die Konjunktur wird vom privaten Konsum gestützt

In ihrem neuesten Monatsbericht schreibt die Deutsche Bundesbank: Hauptstütze der Konjunktur war in der zweiten Hälfte 1987 die private Nachfrage. „Die größte Schubkraft für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ging jedoch auch in der zweiten Jahreshälfte 1987 von den privaten Haushalten aus, die auf der Grundlage wesentlich höherer Einkommen und bei praktisch stabilen Preisen ihre Verbrauchsausgaben stark ausweiteten.“

Insbesondere für Autos, Einrichtungsgegenstände, Dienstleistungen sowie Nahrungs- und Genußmittel des gehobenen Bedarfs gaben die Bundesbürger mehr Geld aus.

Die höheren Konsumausgaben konnten die privaten Haushalte durch kräftig gestiegene verfügbare Einkommen finanzieren. Diese lagen im 2. Halbjahr 1987 um 2,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Seit dem 2. Halbjahr 1985 sind die Realeinkommen infolge von Preisstabilität und den Auswirkungen der ersten Stufe der Steuerreform 1986 um rund 8,5 % angewachsen. Nach den Angaben der Bundesbank ist dies der stärkste Anstieg seit Ende der 70er Jahre.

Deutsche Unternehmen investieren mehr im Ausland

Die bundesdeutschen Unternehmen haben in den vergangenen Jahren verstärkt im Ausland investiert. „So werden heute zum Teil andere Standorte bevorzugt als vor fünf oder zehn Jahren und in diesem Zusammenhang wird vermehrt in

anderen Ländern investiert. Nach den Angaben aus der Zahlungsbilanz haben sich jedenfalls die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland, die auf eine verstärkte Investitionstätigkeit dort hindeuten, in den vergangenen fünf Jahren um rd. 80 % erhöht, ein Anstieg, wie er vordem nicht annähernd zu beobachten gewesen war.“

Da Ausländer nicht in entsprechendem Umfang hierzulande Investitionen tätigen, bedeutet dies — so die Deutsche Bundesbank — eine Schwächung der inländischen Investitionsdynamik.

Lag der Anteil deutscher Direktinvestitionen im Ausland 1982 noch bei 7,5 % der im Inland getätigten Bruttoanlageinvestitionen, so stieg er in den beiden vergangenen Jahren auf 11,5 %.

Die Direktinvestitionen von Ausländern in der Bundesrepublik machten 1987 wie schon 1982 lediglich 5,5 % der Bruttoanlageinvestitionen aus. **Daher beeinträchtigen die von deutschen Unternehmen im Ausland angelegten Mittel das inländische Investitionsvolumen.**

Die Unternehmen investierten im zweiten Halbjahr 1987 rund 5,5 % mehr in Ausrüstungen als in der gleichen Vorjahreszeit.

Mehr Fahrgäste

Die am 1. März 1987 eingeführten neuen Bahntarife haben mehr Fahrgäste angelockt und dem Unternehmen höhere Einnahmen verschafft. Von März bis Ende September fuhren 1,1 Millionen mehr Personen im Fernverkehr als im Vorjahreszeitraum.

Wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung sehr robust

Aus der hohen internationalen Verflechtung ergibt sich die besondere außenwirtschaftspolitische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland. Denn unsere Wirtschaft ist mit unseren außenwirtschaftlichen Partnern durch intensiven Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und technischem Wissen verbunden.

Die starken Wechselkursschwankungen der letzten Jahre, insbesondere der beträchtliche Kursrückgang des US-Dollars, verlangen von der deutschen Wirtschaft eine beträchtliche Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit. **Neueste Untersuchungen stützen jedoch die Erwartung, daß die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik auch nach den Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten aufwärtsgerichtet bleibt.** So schreibt der Bundesverband deutscher Banken in seinem Konjunkturbericht vom März 1988:

„Von Bedeutung ist insbesondere, daß sich der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe nach vorübergehenden Schwächetendenzen wieder gefangen hat. Dabei haben sich die Inlandsbestellungen kräftig erholt und die Auslandsaufträge hielten sich auf hohem Niveau. Insgesamt hat die Nachfrage nach Industrierzeugnissen wieder Anschluß an die positive Entwicklung des vergangenen Herbstes gefunden.“

Zur Stützung der Konjunktur hat dabei auch wesentlich beigetragen, daß sich die Währungsfrage seit Jahresbeginn entspannt hat.

Dazu der Bundesverband deutscher Banken:

„Die Beruhigung der Devisenmärkte läßt die Perspektiven für den deutschen Export wieder in einem freundlicheren Licht erscheinen. ...Insgesamt sprechen die aktuellen Tendenzen für eine Fortsetzung

des moderaten Aufschwungs. Wichtigste Grundlage dafür bleiben die Ausgaben der privaten Verbraucher, die sich auf eine weiter wachsende Kaufkraft durch Steuerentlastungen und stabile Preise stützen können.“

Auch international werden die Zukunftschancen unserer Wirtschaft wieder zuverlässiger eingeschätzt. **So beurteilt die OECD die Entwicklung des Welthandelsvolumens wie auch speziell das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland für 1988 wieder günstiger als im Herbst 1987.**

Auch das Bundeswirtschaftsministerium stellt in seinem Monatsbericht vom März 1988 fest, daß die jüngsten Konjunkturindikatoren für eine Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung im laufenden Jahr sprechen. Hauptantriebskraft der gesamtwirtschaftlichen Expansion bleibe der private Verbrauch.

Zugreisen für Behinderte

Die neuen Triebzüge der Deutschen Bundesbahn der Baureihe ET 410 (IC-Express) für den Hochgeschwindigkeitsverkehr werden je einen Wagen mit Sondereinrichtungen für Behinderte mitführen. Dieser Wagen verfügt u. a. über entsprechende dimensionierte Türen und Einstiegsräume, Abstellplätze für Rollstühle sowie über ein WC mit rollstuhlgerechten Abmessungen und Einrichtungen. Darüber hinaus ist der Vorstand der Deutschen Bundesbahn aufgefordert worden, Neu- oder Umbauten im Bahnhofsbereich behindertengerecht zu gestalten. Auch sollten schon vorhandene S-Bahn-Stationen mit Aufzügen oder Rampen nachgerüstet werden, fordert Staatssekretär Dieter Schulte.

RCDS: Mehr Frauen an die Hochschulen

Die diesjährige Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fand vom 18. bis 20. März 1988 in Königswinter statt. Unter dem Tagungsmotto „Hochschule der Zukunft — Zukunft für die Hochschule“ wurden mehrere Anträge zur Hochschulpolitik verabschiedet, u. a. ein umfassender Forderungskatalog zur „Durchsetzung der Gleichberechtigung an den Hochschulen als Chance für die Zukunft“.

In seinem politischen Rechenschaftsbericht forderte der Bundesvorsitzende Jürgen Hardt die finanzielle Aufstockung des Personal- und Sachbestandes an den Hochschulen. Nur so sei die sogenannte Überlast zu bewältigen. Hardt wandte sich auch gegen künftige Bildungssparmodelle und verlangte eine angemessene Erhöhung der Ausbildungsförderungsätze sowie eine Verlängerung der Höchsthörförderungsdauer. Im Hinblick auf die bis 1992 angestrebte Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes sei eine baldige Verkürzung der Studienzeiten notwendig.

Der Heidelberger Volkswirtschaftsstudent Jürgen Hardt wurde zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt; Stellvertreter wurde der Göttinger Jurastudent Harm Adam, Schatzmeister wurde Thorsten Haupts, der in Hannover Wirtschaftswissenschaften studiert.

Zu Beginn der Delegiertenversammlung hatte der Vorsitzende der CDA, Senator Ulf Fink, ein Grußwort an die aus über 70 Hochschulgruppen angereisten Delegierten gerichtet.

Zum Thema „Hochschulpolitik und Frauen“ sprach Bundesministerin Rita Süßmuth. Eine konsequente Politik für

Frauen an Hochschulen erfordere vor allem die Aufstellung von Plänen zur Förderung von Frauen und die Einrichtung von Gleichstellungskommissionen, die Schaffung zusätzlicher oder zielgerichteter Stipendien und Stellen für Frauen im Rahmen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die vermehrte Einrichtung von Kindertagesstätten als besondere Maßnahme zur Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Tätigkeit und Familie. Rita Süßmuth forderte den RCDS auf, die Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau an den Hochschulen zu fördern; auch hier könne ein Studentenverband noch Pionierarbeit leisten.

Verdrängungspraktiken

Umsätze in Höhe von 24 Mrd. DM sind in den letzten 13 Monaten durch Zusammenschlüsse an die sieben größten Unternehmen im Lebensmitteleinzelhandel übergegangen. Es handelt sich um 15 Prozent des Gesamtumsatzes. Dies müßte ein Zeichen der höchsten Alarmstufe für den Bundeswirtschaftsminister sein. Eine Verbesserung des Kartellgesetzes ist überfällig. Die Vernichtung selbständiger Existenzen durch Verdrängungswettbewerb führt zur Flucht in die Konzentration. Nur sechs oder sieben Giganten werden übrigbleiben, so die Prognose von Experten. Der Bundeswirtschaftsminister ist gefordert, die Novelle zum Kartellgesetz unverzüglich vorzulegen. Aus einer brutalen Machtwirtschaft im Einzelhandel muß wieder eine Soziale Marktwirtschaft mit einem fairen Leistungswettbewerb werden, stellt MdB Winfried Pinger, Vorsitzender der MIT-Kommission Wettbewerbspolitik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, fest.

Kanzler sprach mit Vertretern der Caritas

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 16. März 1988 den geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Caritasverbandes (DCV) unter Leitung seines Präsidenten Prälat Dr. Georg Hüßler zu einem Meinungsaustausch.

An dem Gespräch nahmen auch die Bundesminister Blüm und Schäuble teil. Im Mittelpunkt des Gespräches standen aktuelle Fragen der Reform des Gesundheitswesens. Der Caritasverband unterstützt die Zielsetzung der Reform mit den Eckpunkten mehr Eigenverantwortung, mehr Vorbeugung und stärkere Absicherung des Pflgerisikos. Er hält auch eine Stabilisierung der Beiträge für unerlässlich. Sorge macht dem DCV dagegen der mögliche Aufbau eines verstärkten Kontroll- und Lenkungssystems.

Im weiteren Verlauf des Gespräches berichtete der DCV über seine umfangreichen Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten der Dritten Welt. Der Bundeskanzler bedankte sich bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden dafür und sicherte eine Fortsetzung und Verstärkung der bewährten Zusammenarbeit zu.

Umstrittene Ernennung

In Hamburg ist ein Jugendrichter auf Probe, gegen den wegen Beteiligung an einer Sitzblockade vor dem US-Raketendepot Mutlangen ein Strafverfahren läuft, zum Richter auf Lebenszeit ernannt worden. Der Justizsprecher der Hamburger CDU, Fischer, nannte die Ernennung einen ungeheuerlichen Vorgang. Dieser Richter habe bewiesen, daß nach seiner Meinung für ihn Recht und Gesetz nicht grundsätzlich gelten; er habe das Recht zur Disposition gestellt.

Der Fußball-Europameisterschaftskalender mit Preisausschreiben

Neu

Rechtzeitig zur Fußball-Europameisterschaft vom 10. bis 25. Juni 1988 gibt es jetzt wieder den EM-Kalender der CDU (siehe nebenstehende Abb.).

Der Fußballkalender verbindet Sport und Politik auf informative und ansprechende Art. Die zahlreichen Fußballfreunde in Deutschland wissen dieses CDU-Werbemittel zu schätzen, denn der EM-Kalender bietet eine gute Möglichkeit, den Turnierverlauf zu begleiten und festzuhalten. Als gefalteter Taschenkalender kann er leicht mit zu Freunden und Bekannten genommen, oder als Wandkalender im Vereinsheim ausgehängt werden.

Aus dem Inhalt:

- Stellungnahmen von Fritz Walter, Berti Vogts, Sepp Maier und Wolfgang Overath
- Vorstellung unserer Nationalmannschaft
- Alle Sendezeiten im Fernsehen
- Tabellen zum Festhalten der Ergebnisse
- Ergebnisse der bundesdeutschen Mannschaft bei den Europameisterschaften seit 1967
- Preisausschreiben mit wertvollen Preisen für Fußballfreunde

Bestell-Nummer: 2000

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 45,- DM

Achtung!

Für folgende Bereiche gibt es Sonderausgaben, die Sie über Ihre Kreisgeschäftsstelle beziehen können: NRW, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Berlin, Frankfurt

Unser Nationalteam

Kahler Berthold	Bergel Haller Sauer	Bornhörd Fiedler
Berthold Masthoff Rehmer	Masthoff Rehmer Schmidt	Pflüger Ottner
Viller Kilianowicz Nehrkorn	Thöni Rahn	Albers Eckstein Hofmeier

Die Nationalmannschaft wird am Freitag, dem 10. Juni, um 18.30 Uhr in Düsseldorf im Stadion der Freundschaft gegen Italien zum Auftakt der Fußball-Europameisterschaft 1988 antreten. Die Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.



FUSSBALL-EUROPEAMEISTERSCHAFT

DEUTSCHLAND - 10. BIS 25. JUNI 1988

Erinnern Sie sich noch?

1967 In Trient: Die Bundesrepublik Deutschland nahm an der ersten Fußball-Europameisterschaft teil. Es war für den Club von Gerd Müller, dem jungen A-Star der Nationalmannschaft, ein Erfolg. Er erzielte zwei Tore für die deutsche Mannschaft aus vier Spielen.

1972 In Brüssel: Die deutsche Mannschaft lief gegen die Sowjetunion auf. In einem dramatischen Spiel siegte die deutsche Mannschaft mit 3:0. Gerd Müller erzielte zwei Tore.

1976 In Prag: Die deutsche Mannschaft wurde von Gerd Müller angeführt. Er erzielte zwei Tore für die deutsche Mannschaft.

1980 In Rom: Die EM 1980 war die erfolgreichste Fußball-Europameisterschaft der Welt. Die deutsche Mannschaft gewann das Turnier und wurde Weltmeister.

8 Teams auf dem Weg ins Endspiel

Diese acht Nationen haben sich für die Fußball-Europameisterschaft 1988 qualifiziert. Es wird in zwei Gruppen je ein Halbfinale gespielt.

GRUPPE A
Deutschland als Gastgeber befreit die Bundesrepublik. Die deutsche Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.

GRUPPE B
Italien: Trainer Vekini wird verstärkt. Lange Nachwuchsarbeit wird belohnt. Die italienische Mannschaft wird von Trainer Enzo Robbi geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Schuster; Abwehr: Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster; Mittelfeld: Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster; Sturm: Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster.

GRUPPE C
England: Jupp Heynckes ist als Trainer der deutschen Mannschaft. Die deutsche Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.

GRUPPE D
Niederlande: Die niederländische Mannschaft wird von Trainer Rinus Michels geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Schuster; Abwehr: Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster; Mittelfeld: Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster; Sturm: Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster, Schuster.

Freitag 10. Juni	Ferliche Eröffnung der Fußball-Europameisterschaft '88 im Rheinstadion in Düsseldorf, 18.30 Uhr	Deutschland - Italien	18.30 Uhr	ZDF
Freitag 11. Juni	Hannover, 18.30 Uhr	Niederlande - Spanien	18.30 Uhr	ZDF
Sonntag 12. Juni	Stuttgart, 18.30 Uhr	England - Irland	18.30 Uhr	ZDF
Sonntag 13. Juni	Köln, 20.15 Uhr	Niederlande - CSSR	19.30 Uhr	ZDF
Dienstag 14. Juni	Gelsenkirchen, 19.15 Uhr	Deutschland - Dänemark	19.30 Uhr	ZDF
Dienstag 15. Juni	Frankfurt, 20.15 Uhr	Italien - Spanien	19.30 Uhr	ZDF

Die Gruppenspiele

Mittwoch 16. Juni	Düsseldorf, 19.15 Uhr	England - Niederlande	19.15 Uhr	ZDF
Mittwoch 16. Juni	Hannover, 20.15 Uhr	Irland - CSSR	19.15 Uhr	ZDF
Freitag 17. Juni	München, 18.15 Uhr	Deutschland - Spanien	19.15 Uhr	ZDF
Freitag 17. Juni	Köln, 20.15 Uhr	England - Dänemark	19.15 Uhr	ZDF
Sonntag 19. Juni	Frankfurt, 18.30 Uhr	England - CSSR	19.15 Uhr	ZDF
Sonntag 19. Juni	Gelsenkirchen, 19.30 Uhr	Irland - Niederlande	19.15 Uhr	ZDF

Das Halbfinale

Hannover, 20.15 Uhr

Regel-Gruppe 1 - Zweite-Gruppe 2

19.15 Uhr

Stuttgart, 20.15 Uhr

Regel-Gruppe 1 - Dritte-Gruppe 2

20.15 Uhr

Das Endspiel

Sonntag, 25. Juni - München, 19.30 Uhr

Regel-Gruppe 1 - Dritte-Gruppe 2

19.30 Uhr

Die deutsche Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.

Wir setzen auf Sieg!

Die Fußball-Nation der Freundschaft wird im Rheinstadion in Düsseldorf im Stadion der Freundschaft gegen Italien zum Auftakt der Fußball-Europameisterschaft 1988 antreten. Die Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.

Mit uns für Europa

Nicht nur der Fußball, im Sport ist uns Europa ein Anliegen. In der CDU sind wir für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen. Wir setzen uns für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen ein. Wir setzen uns für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen ein.

Die CDU ist die Partei der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen. Wir setzen uns für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen ein.

Wann war unser Nationalteam Fußball-Europameister?

EM-Preis schreiben

2-5. Platz

6-20. Platz

Die deutsche Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.

Die CDU

Die CDU ist die Partei der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen. Wir setzen uns für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen ein.

Die CDU ist die Partei der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen. Wir setzen uns für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen ein.

Liebe Fußballfreunde

In diesem Wochen treffen sich in unserem Land die besten Fußballfreunde. Wir setzen uns für die Interessen der Europabürgerinnen und Europabürgerinnen ein.

Die deutsche Mannschaft wird von Trainer Jupp Heynckes geleitet. Die Spieler sind: Torhüter: Kahler, Berthold; Abwehr: Berthold, Masthoff, Rehmer, Schmidt, Pflüger, Ottner; Mittelfeld: Viller, Kilianowicz, Nehrkorn; Sturm: Thöni, Rahn, Albers, Eckstein, Hofmeier.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Fleiß und Leistung werden wieder honoriert

Von 100 DM Zulage im Monat kassiert
der Staat jetzt erheblich weniger Lohnsteuer



Dieses Schaubild zur Steuerreform (70 x 50 cm) eignet sich vorzüglich bei Vorträgen oder Reden zur besseren Verdeutlichung. Es ist neben drei weiteren (siehe UiD 1/88) zu beziehen beim IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold.
Bestell-Nr.: 8050, Mindestabn.: 1 Set (2 Pappen m. Vorder- u. Rückss.), Preis pro Set: 10,— DM

UiD

10/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis: jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.